



GÖTTINGER BLÄTTER

Juni
2024

Die Linke im Kreistag * VVN * FG Cuba * DKP * Grobian * GoLinke

🔴 Zwangsarbeiterausstellung (erneut) gefährdet?

Die Ausstellung „Auf der Spur europäischer Zwangsarbeit. Südniedersachsen 1939-1945“ ist gefährdet. Sie braucht in den kommenden Jahren Zuschüsse durch Stadt und Landkreis.

Am 17. April 2015 wurde in den Räumen der Göttinger BBS II die Zwangsarbeiterausstellung eröffnet. Diese dokumentiert das Schicksal von geschätzt bis zu 60.000 Menschen aus den von den Nazis im zweiten Weltkrieg besetzten Ländern, die in den Landkreisen Göttingen (ohne Kreisteil Osterode) und Northheim Zwangsarbeit leisten mussten. Träger sind die Geschichtswerkstätten Göttingen und Duderstadt, die die Ausstellung gemeinsam mit Projektpartnern aus Polen, Italien und den Niederlanden sowie Instituten der Fachhochschule Hannover und der Universitäten Hannover und Erlangen-Nürnberg erarbeitet haben. Mehrsprachig und aus einer europäischen Perspektive ist die Ausstellung die einzige in der Stadt und im Landkreis Göttingen, die sich mit der Geschichte des Nationalsozialismus und seiner Opfer beschäftigt. Die interaktiv und multimedial gestaltete Schau zeigt an 13 Stationen das Ausmaß der Zwangsarbeit während der NS-Zeit. Die Einzelschicksale werden dem Besucher anhand von Texten, Bildern, historischen Dokumenten und Filminterviews deutlich gemacht. Zwangsarbeiter wurden unter anderem in der Industrie, in Gaststätten, in der Landwirtschaft, bei der Müllabfuhr oder in kirchlichen Einrichtungen und Privathaushalten eingesetzt. Die Schau dokumentiert Lebensläufe der Betroffenen und geht dabei weit über den Abschnitt der Zwangsarbeit hinaus und zeigt, wie diese davor und auch danach gelebt haben. Sie verdeutlicht den Alltag der Zwangsarbeiter, die Menschenverachtung, ständige

Quälerei und Gefahr, der diese Menschen ausgesetzt waren. Auch im Internet ist die Ausstellung gut dokumentiert:

<http://www.zwangsarbeit-in-niedersachsen.eu>

Im Göttinger Kreistag und vor allem in dessen Kulturausschuss war die Zwangsarbeiterausstellung häufiger Thema. Bereits im Jahre 2006 wurde durch den Landkreis eine Studie des Historikers Günther Siedbürger zur Zwangsarbeit im damaligen Kreis Göttingen veröffentlicht. Im Jahre 2010 war die Ausstellung dann in der Öffentlichkeit gezeigt worden. Es dauerte aber dann noch fünf Jahre, bis endlich Räumlichkeiten in der BBS II für die Dauerausstellung bereitstanden. Vorgegangen waren endlose Diskussionen im Kulturausschuss, in denen geeignete Lösungen für dauerhafte Räumlichkeiten aus Kostengründen immer wieder verworfen wurden. Auch nach 2015 war es nur schwer möglich, CDU, SPD und Grüne davon zu überzeugen, dass es für das Gelingen des Projektes öffentlicher Zuschüsse bedarf. Die Geschichtswerkstätten mussten die Ausstellung rein ehrenamtlich schultern.

Im März 2018 beschloss die Kreistagsmehrheit aus SPD, Grünen und CDU gegen die Stimmen der damaligen Kreistagsgruppe LINKE/PIRATEN/PARTEI gar, dass die Zwangsarbeiterausstellung nach Friedland in das Museum zum Grenzdurchgangslager umziehen solle. Das fand drei Monate später das niedersächsische Innenministerium völlig sachfremd und sorgte dafür, dass die Zwangsarbeiterausstellung in Göttingen blieb. Seit einigen Jahren ermöglicht die Förderung der Stiftung Niedersächsische Gedenkstätten, dass die Ausstellung weiter betrieben werden kann und sogar ein dringend notwendiger hauptamtlicher Mitarbeiter eingestellt werden konnte.

im Internet

<https://www.goettinger-linke.de/1532-2/>

Kontakt

POST: Göttinger Blätter
Lange Geismarstraße 2
37083 Göttingen

Druck: Druckerei Wittchen
Telefon: 05503 3008

Inhalt

Zwangsarbeiterausstellung	1
VVN-BdA	2
FG Cuba	3
DKP	4
Grobian	5
DIE LINKE. im Kreistag	6
Göttinger Linke	7
Göttinger Linke Ratsinfo	8

Redaktionsschluss

für die Ausgabe 07/08.2024
ist der 20. Juni
Auslieferung 27. Juni

Veranstigungsankündigungen:

5. Juni, 19 Uhr:

Veranstaltung des Rosa-Luxemburg-Clubs, Thema: Lesung und Diskussion: "Von der namenlosen Menge" von Olivier David
Holbornsches Haus, Rote Str. 14

12. Juni, 19.00 Uhr:

Friedensforum Göttingen
Saal der Selbsthilfe Körperbehinderter, Neustadt 7

22. Juni, ab 13 Uhr:

Nachbarschaftsfest auf dem Holtenser Berg | Die Wähler*innen-gemeinschaft Göttinger Linke wird dort einen Stand haben

25. Juni, 19.00 Uhr:

Veranstaltung des Rosa-Luxemburg-Clubs, Thema: Wirtschaftsmärchen, Buchvorstellung mit Debatte
Holbornsches Haus, Rote Str. 14

29./30. Juni:

10 Jahre "Marxistische Linke"
Thema: Auswertung Europawahlen mit Ingar Solti, Jugendherberge Göttingen
Nähere Infos unter
<https://www.kommunisten.de/marx-linke/marxistische-linke-ev>



Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten

<https://niedersachsen.vvn-bda.de> • <https://antifa.vvn-bda.de>

Kurzbericht zur Übergabe der Grabmale ermordeter Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeitern vom 06.05.2024

Übergabe der Grabmale für die ermordeten Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter Göttingens, 06.05.2024

Wie in der Ausgabe 05/2024 angekündigt, fand die Übergabe der Grabmale an die Öffentlichkeit am 06.05.2024 auf dem Hauptfriedhof statt.

Ganze 17(!) Anwesende haben sich dazu versammelt. Die Festlegung des Termins auf einen Montag, 13:30 Uhr, durch die Kulturverwaltung wird daran ihren Anteil gehabt haben.

Insgesamt 5 Personen der Stadt Göttingen waren zu der offiziellen Veranstaltung anwesend: Kristin Kalisch, Archivarin der Stadt Göttingen sowie eine Kollegin, Frau

Gießel vom Fachdienst Friedhöfe sowie ein Kollege und die Kulturdezernentin Anja Krause höchst persönlich.

Von der Oberbürgermeisterin Broistedt hingegen war weit und breit nichts zu sehen; und allein diese Tatsache spricht Bände darüber, für wie wichtig das Gedenken an die von den Nazis ermordeten Zivilisten erachtet seitens der Stadt Göttingen erachtet wird.

Frau Krause ließ sich dann auch nicht nehmen, eine von Erinnerungskultur und Pathos geschwängerte Rede zu halten, welche zwischen den Zeilen nicht nur bewiesen hat, dass sich die Kulturdezernentin mit der Thematik nicht sonderlich viel befasst hat. Es hat wieder auf-

gezeigt, wie unwichtig diese Thematik für Sie ist. Als Beispiele seien erwähnt, dass nicht nur Jahreszahlen, sondern auch die Anzahl der Ermordeten falsch genannt wurden.

Dem ganzen Spektakel der Gleichgültigkeit wurde der Hut dadurch aufgesetzt, dass offenbar auch kein Berichterstatter der Marke Göttinger Tageblatt geladen war. Nun, die Oberbürgermeisterin war ja auch schließlich nicht vor Ort und hätte ins Bild gesetzt werden müssen.

Seitens des Fachdienstes Friedhöfe war, wie in der Ausgabe 05/2024 nachzulesen ist, von einer schmucklosen Veranstaltung die Rede. Dieses Prädikat kann der Veranstaltung mit aller Richtigkeit gegeben werden.



Termine:

Sonntag, 2. Juni 2024,
Ausstellungsraum „Auf der Spur
europäischer Zwangsarbeit. Süd-
niedersachsen 1939-1945“, Gode-
hardstraße 11, Göttingen

„Wie Sklaven behandelt.“ Italienische
Gefangene in Südniedersachsen,
Eine Führung durch die Ausstellung
Führung, Workshop und Eintritt zur
Ausstellung ist frei, Spenden er-
wünscht. Für Besucher*innen ist die
Ausstellung außerdem von 14 bis 17
Uhr geöffnet.

Dienstag, 18.05.24, 16:30 Uhr
Antifaschistischer Stammtisch
Treffpunkt ist das „Cafe INTI“,
Wilhelmsplatz, Göttingen.

Antifaschist*innen aus dem Raum
Göttingen und Umgebung be-
sprechen bei den Treffen geplante
und potenzielle Vorhaben und alles,
was noch politisch in Göttingen
ansteht.

Freundschaftsgesellschaft BRD - Kuba Regionalgruppe Göttingen

c/o Rotes Zentrum, Lange-Geismar-Straße 2, 37073 Göttingen
e-mail: goettingen@fgbrdkuba.de • www.fgbrdkuba.de

Mitgliederversammlung:

11. Juni, 19.00 Uhr, Kleiner Ratskeller, Judenstraße



▶ **US-Sanktionen: Cubana stellt Flüge nach Buenos Aires ein**

Die kubanische Fluggesellschaft Cubana de Aviación muss die seit fast 40 Jahren bestehende Direktverbindung zwischen Havanna und Buenos Aires einstellen. Grund dafür ist die Weigerung des staatlichen argentinischen Erdölkonzerns Yacimientos Petrolíferos Fiscales (YPF), weiterhin Treibstoff an Flugzeuge der Cubana zu liefern. (Amerika21)

Wie die argentinische Tageszeitung „Página 12“ berichtet, werde seit Ende April kein Treibstoff mehr an kubanische Flugzeuge ausgegeben. Die Fluggesellschaft selbst sprach von einer „abrupten“ Einstellung. Bereits gebuchte Rückflüge nach Kuba könnten auf andere Fluggesellschaften umgebucht werden. Das kubanische Außenministerium schrieb am 30. April in einer Stellungnahme zu dem Vorgang von „absurden und anachronistischen Maßnahmen“ im Rahmen der US-Blockade gegen Kuba durch die

rechtslibertäre argentinische Regierung unter Präsident Javier Milei. „Es ist widersprüchlich, dass man Freiheit um jeden Preis proklamiert, während die Freiheit eines Unternehmens, das die Vorschriften Argentinien und der Internationalen Zivilluftfahrtorganisation strikt einhält, eingeschränkt wird“, heißt es in dem Kommuniqué.

Auf Anfrage der Nachrichtenagentur Reuters wollte YPF keine Stellungnahme abgeben.

Wie das Ministerium betont, habe die kubanische Luftfahrt bereits schon länger unter den Folgen der Sanktionen zu leiden. So seien zahlreiche Pachtverträge von Flugzeugen, Bankkonten und Kredite der Cubana aufgrund der unter dem ehemaligen US-Präsident Donald Trump verschärften Finanzsanktionen gegen die sozialistische Insel gekündigt worden. Darüber hinaus konnte Kuba schon vor diesen Verschärfungen grundsätzlich nicht auf Ersatzteile zugreifen, die mehr als zehn Prozent

Derzeit fehlen etwa 1.500 dieser lebensrettenden Geräte. Fast 100 Patienten sind gezwungen, im Krankenhaus zu bleiben, weil es keine Herzschrittmacher gibt, die es ihnen ermöglichen würden, nach Hause zurückzukehren und sicher zu leben, ohne das Risiko eines Herzinfarkts einzugehen. Leider weigern sich die meisten Hersteller von Herzschrittmachern, diese nach Kuba zu liefern. Wir haben jedoch ein italienisches Unternehmen ausfindig gemacht, das bereit ist, sie zu erschwinglichen Preisen zu liefern: rund 500 Euro für einen Einkammer-Herzschrittmacher.



Kuba braucht Herzschrittmacher

Wir bitten um Spenden auf das Konto: Freundschaftsgesellschaft BRD-Kuba
Stichwort: „Medizinisches Material“
Bank für Sozialwirtschaft, Köln
IBAN: DE96 3702 0500 0001 2369 00

US-Komponenten enthalten. Kuba werde „weiterhin derartige extraterritoriale Anwendungen der US-Blockade anprangern, die eine Verletzung des Völkerrechts darstellen und von der internationalen Gemeinschaft mit großer Mehrheit abgelehnt werden“, erklärte das Außenministerium.

▶ **Die Verwendung von MIR-Karten erleichtert die Entwicklung des Tourismus durch elektronische Zahlungskonäle**

Die Verwendung dieser MIR-Magnetkarten stellt einen Anreiz für den Anstieg des russischen Tourismus dar, der auf der Insel an dritter Stelle steht, da sie die Bezahlung von Dienstleistungen und Produkten ermöglicht

Autor: Susana Antón Rodríguez
susana@granma.cu

Ende Dezember 2023 hat Kuba den Einsatz von MIR-Karten als Zahlungsmittel über das nationale Netz von Geldautomaten und POS-Terminals (Point of Sale) schrittweise offiziell eingeführt.

Die Verwendung dieser Magnetkarten junter der Marke MIR, die in Russland

von der Ausgabestelle, dem Nationalen Kartenzahlungssystem Russlands (NSPK), definiert wird, stellt, aufgrund der Erleichterungen, die sie für die Bezahlung von Dienstleistungen und Produkten bietet, einen Anreiz für den Anstieg des russischen Tourismus dar.

Wie Alfredo Martínez González, stellvertretender Geschäftsführer von Fincimex, gegenüber Granma erläuterte, war die Einführung des Systems eine technologische Herausforderung und eine koordinierte Anstrengung zwischen nationalen und internationalen Einrichtungen. Derzeit werden 100 % des POS-

Netzes im Land genutzt.

„Zu Beginn wurde eine Umfrage zu den vorrangigen Orten durchgeführt, an denen das Tourismusministerium aufgrund russischer Besucher in bestimmten Zentren und Einrichtungen in Varadero, Camagüey und Havanna geplant hatte“, erklärte er.

Er fügte hinzu, dass nach der Umsetzung in diesen Tourismuszentren der Prozess für das ganze Land begann, der bereits im touristischen und kommerziellen Netzwerk und in allen Einrichtungen, die Dienstleistungen durch den Einsatz von POS-Terminals anbieten, umgesetzt wurde. Ende der ersten Maiwoche seien 67.000 Transaktionen mit MIR-Magnetkarten am POS durchgeführt worden, hauptsächlich im Tourismus- und Hotelsektor Kubas.



Deutsche Kommunistische Partei

Kreisverband Göttingen

Rotes Zentrum, Lange Geismarstraße 2, 37083 Göttingen,

<https://goettingen.dkp.de> ★ goettingen@dkp.de



DKP

Deutsche Kommunistische Partei

🔴 Miteinander statt Gegeneinander!

Gegen den undemokratischen Umgang der Stadt Göttingen mit dem Radentscheid

Am 9. Juni steht neben den Wahlen zum Europäischen Parlament für die Göttinger Bürger*innen auch noch der Radentscheid auf dem Zettel. Und ganz gleich, wie man zu den konkreten Vorhaben der beiden Entscheide steht, eins sollte man nicht tun: sich auf den Umgang der Stadtverwaltung mit den Anliegen einlassen.

„Wer für den Radentscheid abstimmt, muss wissen, dass das Geld an anderer Stelle fehlt“, verkündete OB Broistedt. Spätestens damit war der Ton der öffentlichen Debatte gesetzt. Es geht nicht mehr um die Frage, wie man die Verkehrssituation verbessern könnte. Dabei lässt die in Göttingen ja für alle Beteiligten zu wünschen übrig, ob nun Fußgänger*innen, Rad- oder Autofahrer*innen oder Nutzer*innen des ÖPNV.

Stattdessen herrscht nun die Angst vor Kürzungen und Einsparungen. Die ersten Sportvereine haben bereits dazu aufgefordert, beim Radentscheid mit Nein zu stimmen. Der FC Grone verweist völlig zurecht darauf, dass die Arbeit der Vereine einen enorm wichtigen Beitrag zum gesellschaftlichen Zusammenleben darstellt. Das sehen sicher auch die Unterstützer*innen des Radentscheides so. Dass es jetzt so aussieht, als seien die dafür angetreten, anderen Akteur*innen die Gelder abzujagen, ist nicht ihre Schuld, sondern liegt im Kalkül der Stadt. Die spricht mit der Ankündigung der Oberbürgermeisterin offen aus, was sie tut: teilen und herrschen. Verschiedene Anliegen werden gegeneinander ausgespielt. Die Stadt kann sich zurücklehnen und dabei zusehen, wie sich die Bürger*innen um Gelder streiten, die sie ohnehin nicht ausgeben möchte. Und dieses Spiel kann und wird natürlich bei der nächsten Gelegenheit wiederholt werden: die Sportvereine wollen erneuerte Spielstätten? Dann müssen aber die

Schwimmbäder nochmal kräftig die Eintrittspreise erhöhen und die Beckentemperatur absenken. Die Stadtbibliothek will renoviert werden und Neuanschaffungen tätigen? Da muss wohl beim Museum oder beim Theater gespart werden und so weiter und so fort.

Damit erst gar keiner auf die Idee kommt, der Staat könne vielleicht doch etwas für die Finanzierung öffentlicher Anliegen tun, rechnete Broistedt schon im April vor, es gebe ein Defizit von 50 Millionen Euro im städtischen Haushalt. Die Einnahmen aus der Gewerbesteuer seien um 30 Millionen eingebrochen.

Einem nackten Mann, soll das wohl bedeuten, kann man nicht in die Tasche greifen. Ebenfalls im April sprach Broistedt allerdings gegenüber dem Tageblatt von einem „Rekordhoch“ an Gewerbesteuern von 180 Millionen Euro, die im Jahr 2023 eingenommen worden seien. Auch wenn nicht zu bezweifeln ist, dass die Stadt Göttingen nicht im Geld schwimmt, da die Unterfinanzierung der Kommunen von den höheren Ebenen systematisch hergestellt wurde, sind diese Aussagen doch zumindest inkonsistent und die Betonung der leeren Kassen im Zusammenhang mit dem Radent-

Mitgliederversammlungen

Dienstag, 4. Juni

Bildungsthema Faschismus

Dienstag, 18. Juni

Auswertung der EU-Wahlen

Alle MV'en finden um 20.00 Uhr im Roten Zentrum, Lange Geismarstr. 2 statt

scheid ist offensichtlich eine städtische Empfehlung, mit Nein zu stimmen.

Dazu passt auch der weitere Umgang mit dem Bürgerbegehren: die Kosten der Umsetzung werden von der Stadt so hoch wie möglich angesetzt. Der dabei unterlaufene „Tippfehler“, der alles mal eben 9 Millionen Euro teurer aussehen lässt, sorgt dafür, dass der Radentscheid im Falle seiner Annahme vielleicht noch nachträglich wieder eingekassiert werden kann. Das alles spricht Bände und ist in höchstem Maße undemokratisch, genauso wie die Weigerung der Stadt, Flächen auf den Plakat-Aufstellern für die EU-Wahl für die Bewerbung des Radentscheids zur Verfügung zu stellen.

Wir stellen uns ganz klar gegen ein Ausspielen verschiedener Anliegen und den undemokratischen Umgang der Stadt mit dem Radentscheid! Wir beteiligen uns nicht an der von der Stadt geschürten Konkurrenzdebatte

sondern fordern eine stabile Finanzierung der Kommunen, die es ihnen ermöglicht, ihren Aufgaben gerecht zu werden.

Geld für Soziales statt für Rüstung und Krieg!

(sl)



GROBIAN GRONER BÜRGER INITIATIVE ANTIFASCHISMUS

- Kontakt unter 0551-93435 (Gunnar)
- Mail: grobian-grone@web.de
- Treffen: Montags, 19.00 Uhr



unser Kooperations- u. Bildungspartner:



Verein Niedersächsischer
BILDUNGSMETHODEN e.V.

▶ Neue Rechnungen der LEG.

Aktuell landen die von der LEG-korrigierten Nebenkostenabrechnungen für das Jahr 2022 bei den Mieter*innen in Grone im Briefkasten. Nach erster Sichtung kann gesagt werden: Die Forderungen sind leicht gesunken - ein klarer Erfolg der seit knapp einem halben Jahr kämpfenden Prüfgemeinschaft, welcher sich aktuell fast 600 Menschen angeschlossen haben.

Ohne den kollektiven Widerspruch hätte die LEG weiter auf die erstmalig versandten Forderungen bestanden - obwohl jetzt heimliche Eingeständnisse gemacht werden, dass einige Posten nicht abrechnungsfähig gewesen sind. Doch weiterhin bleiben offene Fragen und es fehlt bis heute eine Einsicht in die kompletten Belege, die hinter den weiterhin bestehenden, astronomischen Forderungen stehen.

Eigentlich versprach die LEG - auch gegenüber der Oberbürgermeisterin - dass sie vor dem Versenden der neu berechneten Nebenkostenabrechnungen zu einer weiteren Informationsveranstaltung einladen. Nachdem dies nicht geschehen ist, lud die Prüfgemeinschaft am 30. April zu einem Informationstreffen für alle LEG-Mieter*innen in die Mehrzweckhalle Grone ein. Über hundert



Menschen sind dem Aufruf gefolgt, sodass die Halle wieder gut gefüllt war (s. Foto).

Die Versammlung wurde genutzt, um den Begriff des "Contractings" zu erläutern und über den aktuellen Stand bezüglich des kollektiven Widerspruchs aufzuklären. Es ging auch darum, dass wir hier in Göttingen nicht allein sind - auch in anderen Städten haben sich Mieter*innen zum Widerstand organisiert und lassen sich im weiteren Umgang mit exorbitanten Nebenkostenabrechnungen seitens Immobilienunternehmen fachlich beraten. Erneut wurde an die Mieter*innen appelliert, sich dem kollektiven Widerspruch anzuschließen und die geforderten Summen bis zur letzten Prüfung seitens der Prüfgemeinschaft nicht zu bezahlen.



Die Mitglieder des Prüfausschusses (z.v.l.: Hendrik Falkenberg)

Dass die LEG von sich aus auf einige zuvor geforderte Posten "verzichtet", sollte für uns ein Zeichen sein, dass hier von Anfang an nicht legal und korrekt gearbeitet wurde. Von einem gigantischen Immobilienkonzern wie der LEG, deren Geschäftsmodell das Wohnen ist, sollte es erwartbar sein,

dass Rechnungen korrekt und konform ausgestellt werden.

Stattdessen entsteht ein Streit mit einer trotzigen Konfliktpartei, die sich nun seit einem halben Jahr weigert, ihre Forderungen ordentlich zu belegen. Mit kleinen Häppchen werden die Mieter*innen gelockt, die große, nicht belegbare Forderungssumme anzunehmen - doch damit sind sie nicht bedient. Der Kampf ums bezahlbare Wohnen steht weiterhin im Vordergrund - das bedeutet, dass Methoden wie Contracting die Preise für Mieten nicht weiter in die Höhe drücken dürfen.

Aktuell wird auf ein Gutachten eines Professors aus Hannovers sowie eine Stellungnahme vom obersten Justiziar des Mieterbundes gewartet. Es steht weiterhin die Frage im Raum, inwiefern die LEG Methoden verwendet, um Kosten der Vermietung auf Mieter*innen umzulegen und so Profite zu sichern. Wohnraum ist keine Ware und die Wähler*innengemeinschaft Göttinger Linke wird weiterhin dafür kämpfen, dass Miethaien die Zähne gezogen werden.

Die Prüfgemeinschaft kündigte an, die LEG nochmals per Einschreiben aufzufordern, Einsicht in die Belege zu gewähren. Hierüber haben inzwischen alle Mitglieder Gemeinschaft persönlich eine Kopie bekommen. (ts)



Linke für Vernunft und
Gerechtigkeit

im Kreistag Göttingen

Schulentwicklungsplanung – Wenig Neues! Bewegt sich schulpolitisch etwas im Landkreis Göttingen?

Eines unserer zentralen Themen im Kreistag ist schon immer die Einrichtung von neuen Integrierten Gesamtschulen (IGS). Schulausschuss und Kreistag beschäftigen sich aktuell wieder mit der Schulentwicklungsplanung.

Dabei geht es darum, in welchen Teilen des Landkreises überhaupt Veränderungsbedarf gesehen wird.

Dabei ist die schulpolitische Landschaft in der Stadt Göttingen, dem Göttinger Umland und den übrigen Landkreis sehr heterogen. Während die Eltern in Göttingen und dem Göttinger Umland ihr Kind auf eine öffentliche (Integrierte) Gesamtschule schicken können, wenn sie dies möchten, gibt es diese Möglichkeit für den Westkreis, das Eichsfeld und den früheren Kreis Osterode nicht.

Für Menschen, die - wie auch wir das tun - das gegliederte Schulsystem für überholt halten - wirkt die Situation im Landkreis ziemlich festgeföhren. Nachdem in einer kurzen Spanne eines schulpolitischen Aufbruchs am Ende der 2000er in Göttingen Haupt- und Realschulen keinen Zuspruch mehr fanden und als Schulformen Gymnasien und drei, davon drei neu geschaffene, Integrierte Gesamtschulen übrigblieben, änderte sich außerhalb des Göttinger Umlands wenig. Immerhin gelang die Neueinrichtung einer IGS in Bovenden. Auch kam es 2014 noch zu einer Vereinbarung mit der Stadt Göttingen für das Göttinger Umland (plus Dransfeld und Radolfs- hausen), die gegenseitige Schulbesuche ermöglicht. In den übrigen Bereichen des Landkreises besteht das gegliederte Schulsystem fort. Ein grundlegender Veränderungsbedarf wird nicht gesehen.

Im Raum Hann. Münden zeigen sich aber mittlerweile die Grenzen des gegliederten Schulsystems, da die

dortige einzügige Müндener Hauptschule in ihrer Existenz bedroht ist. Daneben gibt es in Münden das Grotefeld-Gymnasium und zwei Realschulen, in Dransfeld eine „Oberschule“ (ähnlich KGS) ohne gymnasialen Zweig. In Staufenberg, wo nur Grundschulen sind, orientieren sich die meisten Eltern und Schüler traditionell nach Hessen. In den drei Gemeinden ist eine Elternbefragung geplant, in der auch nach der gewünschten Schulform befragt werden soll. Potenziell besteht so die Möglichkeit, dass es in Münden auch eine IGS geben könnte. Hierfür sind die Hürden recht hoch, da nach dem Niedersächsischen Schulgesetz eine IGS mindestens vierzügig sein muss. Im Jahre 2012 gab es in einer Elternbefragung aufgrund der damals geltenden Fünfzügigkeit als Mindestvoraussetzung zu wenig Befürworter, obwohl eindeutige Mehrheiten in Hann. Münden und der Samtgemeinde Dransfeld sich für die IGS als Schulform ausgesprochen hatten.

Diese Elternbefragung ist richtig und notwendig! Nach der Befragung soll dann im November anhand der Ergebnisse erneut über die Schulentwicklung beraten werden. Da die Hauptschule auf der Kippe steht, ist die Zusammenlegung mit mindestens einer Realschule zu einer Oberschule ohne gymnasialen Zweig zu erwarten, wobei die Alternative die Einrichtung einer IGS wäre.

Warum findet die Elternbefragung nur im Altkreis Münden statt

Von Seiten der Kreisverwaltung wird in den anderen Teilen des Landkreis kein Veränderungsbedarf gesehen. Dem können wir uns so nicht anschließen.

Als schwierig betrachten wir insbesondere die Situation im Raum Duderstadt. 2017 konnten Eltern ihr

Kontakt

**Linke für Vernunft
und Gerechtigkeit
im Kreistag Göttingen**

Kreistag, Zimmer 66
Reinhäuser Landstr. 4
37083 Göttingen

Tel. 0551/525 - 2108
dielinke@landkreisoettingen.de
www.wastun-goettingen.de

Sprechzeiten: Montag 10 bis 12 Uhr
+ Donnerstag 14 bis 15.30 Uhr



Kind nach der vierten Klasse noch auf eine in Trägerschaft der katholischen Kirche befindliche IGS anmelden. Zur Auswahl standen auch das Gymnasium, die Realschule und die Hauptschule in Duderstadt sowie die KGS in Gieboldehausen. Heute existieren Hauptschule und IGS nicht mehr, da die Kreistagsmehrheit aus SPD, CDU und Grünen trotz einer aktiven Elterninitiative eine öffentliche IGS in Duderstadt abgelehnt hatte. Die Hauptschule hatte schlichtweg zu wenig Anmeldungen. Leistungsschwächere Kinder aus Duderstadt werden an die 12 km entfernte KGS Gieboldehausen verwiesen.

Dies ist auch aufgrund permanenter Probleme im Schülerverkehr ein sehr schwieriger Zustand. Gerade in Duderstadt wäre die Einrichtung einer IGS als inklusive Schulform die richtige Lösung um alle Schüler mitnehmen zu können und so würden wir uns eigentlich auch hier eine Elternbefragung wünschen.

Es ist ein langer Weg zur Durchsetzung der IGS als Regelschule, der ohne den dazugehörigen Willen und Gesetzesänderungen auf Landesebene nicht zu erreichen ist. Dieser fehlt, da man sich nicht mit den standesbewusstesten Gymnasialeltern anlegen will. Es kommt hier also auf den langen Atem an.

Wähler*innengemeinschaft

Göttinger Linke

Spendenkonto:
IBAN: DE75 5209 0000 0041 1265 07

Kommunale Genderpolitik von links- Da geht was im Göttinger Frauen*forum

Im Programm der Wähler*innengemeinschaft Göttinger Linke (S. 20 ff) sind diverse Forderungen für eine gendergerechte Kommunalpolitik festgehalten: Unter anderem die umfassende Umsetzung der europäischen Istanbul-Konvention zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen auf kommunaler Ebene.

Dies ist nach wie vor bitter nötig: Schon im Wahlprogramm von 2021 wird festgestellt, dass es jeden Tag einen Tötungsversuch an einer Frau gibt und dies fast jeden 3. Tag gelingt - in Deutschland wohlbermerkt.

Gerade kürzlich ist ein solcher Femizid buchstäblich vor unserer Haustür in Grone geschehen. Dabei sind „die Ursachen für Tötungen von Frauen nicht, wie medial oft dargestellt, ein vermeintlicher Migrationshintergrund oder eine psychische Störung des Täters, sondern vielmehr gesellschaftlich geprägte patriarchalische Muster und eine mangelnde Gleichstellung von Frauen.“ (Homepage des Bundesverbandes der Frauenberatungsstellen und Frauennotrufe in Deutschland, bff)

Frauen werden von ihren (Ex-) Partnern umgebracht, weil sie ein freizeitleiches, gleichberechtigtes Leben führen wollen und ihnen dies aus Sicht der Täter als Frauen nicht zusteht.

Das Frauenforum Göttingen setzt sich seit Jahrzehnten auf kommunaler Ebene und zu überregionalen Themen für Gendergerechtigkeit ein. Hier sind

die Gleichstellungsbüros von Stadt und Landkreis Göttingen vertreten sowie eine Vielfalt an zivilgesellschaftlichen, professionellen und (partei-) politischen Organisationen und Einzelpersonen. Die Verfasserin dieser Zeilen arbeitet seit über 20 Jahren sozialpädagogisch mit psychisch erkrankten Frauen, die zum überwiegenden Teil durch erlittene Gewalt traumatisiert und dadurch in ihren Teilhabemöglichkeiten eingeschränkt sind. Bei dieser Arbeit kann nicht nur der Einzelfall betrachtet und bearbeitet werden, sondern es gehört die genderpolitische Mitarbeit im Frauenforum selbstverständlich dazu.

Es ist aber ebenso wichtig, die linke Gedanken in dieses Forum einzubringen: Nämlich den Ansatz, dass es auch auf die finanzielle Situation der Betroffenen ankommt, wie stark sie der Diskriminierung ausgeliefert sind. Dies betrifft z.B. Allein-erziehende oder auch Gewalt-betroffene, die sich durch finanzielle Abhängigkeit und Bedürftigkeit in besonders schwierigen Lebenslagen befinden.

So macht es Sinn, als Wähler*innengemeinschaft Göttinger Linke im Frauenforum vertreten zu sein. Auch zu überregionalen Themen kann man sich dort engagieren. So hat die Verfasserin im letzten Jahr im Rahmen der Interkulturellen Woche mit einer Kleingruppe eine Veranstaltung zum Thema „Frauen in Afghanistan“ durchgeführt, an deren Gesamtprogramm die Göttinger Linke digital beteiligt war.

Kontakte:

**Wähler*innengemeinschaft
Göttinger Linke**

Rotes Zentrum,
Lange Geismarstraße 2
37073 Göttingen
www.goettinger-linke.de

SprecherInnenkreis:

Dr. Eckhard Fascher, Sylke Jarosch,
Jost Leßmann, Bärbel Safieh, Christa
Siebecke, Dr. Gülsan Yalçın

Schatzmeister:

Gunnar Siebecke

sprecher.innenkreis@goettinger-linke.de

Gruppe Grone:

grone@goettinger-linke.de

Gruppe Gleichen:

gleichen@goettinger-linke.de

Fraktion Göttinger Linke

im Rat der Stadt Göttingen

Neues Rathaus, Zi. 403 (4. Stock)

Hiroshimaplatz 1-4

37083 Göttingen

Telefon 0551 - 400 2347

goelinkel-ratsfraktion@goettingen.de

Fraktionsmitarbeiter:

Oliver Preuß

Öffnungszeiten des Büros:

Di: 10:00 - 12:00 Uhr

Mi: 13:00 - 16:30 Uhr

Do: 10:00 - 12:00 Uhr

Fraktionssitzung:

Mi: 17:00 - 18:00 Uhr öffentlich

Mandatsträger*innen:

Nornia Marcienkiewicz
Jost Lessmann (Fraktionsvorsitzender),
Torsten Wucherpfennig

Die genderpolitischen Forderungen aus unserem Wahlprogramm sind noch lange nicht erfüllt. Mit dem Engagement im Frauenforum Göttingen arbeiten wir dran. (bs)

Kommunalpolitischer Arbeitskreis

Mittwoch, 12. Juni, 19 Uhr in der Zwangsarbeitersausstellung, BBS II,
Godehardstr. 11, Göttingen

Thema:

Erhalt der Zwangsarbeitersausstellung

Fortsetzung von Seite 1:

[...] Für die kommenden Jahre werden aber zur Weiterförderung öffentliche Mittel aus Stadt und Landkreis benötigt.

Darüber soll im Kommunalpolitischen Arbeitskreis am 12. Juni, um 19 Uhr in den Räumen der Ausstellung in der BBS II Göttingen beraten werden.

Schule und Kinder aus der Groner Landstraße 9, 9a-b Antworten auf Anfrage des Göttinger Tageblatts

1. Teilen Sie die Einschätzungen der Schulen*?

*Kinder aus der Groner Landstraße 9, 9a-b sollten nach dem Schuljahr 20/21 nicht nur auf der Leinebergsschule eingeschult werden, um Ballung zu vermeiden. Auch in der Herman-Nohl-Schule und in der Albanischule sollten pro Klasse maximal 3 Schüler*innen aus dem Gebäudekomplex aufgenommen, sowie mindestens eine halbe Sozialpädagog*innenstelle jeweils für die Albanischule und die Herman-Nohl-Schule geschaffen werden. Die Schulleiter*innen der genannten drei Grundschulen behaupten, dass diese getroffenen Maßnahmen gescheitert seien

*Von dem Scheitern der getroffenen Maßnahmen waren wir bisher nicht vollumfänglich in Kenntnis. Den Schulleiter*innen schenken wir grundsätzlich Vertrauen, denn sie sind über Vorgänge an ihrer Schule am meisten vertraut. Als Göttinger Linke Ratsfraktion sehen wir seit Jahren dabei zu, wie insbesondere an sozialen Projekten eingespart wird. Wenn Schulleiter*innen zugeben, dass Kinder vernachlässigt werden, dann müssen Verwaltung und Politik sofort handeln.*

2. Was muss nun passieren, um die Probleme in der Groner Landstraße, die Situation der Kinder und die an den Schulen zu verbessern?

*Die geforderten Maßnahmen stellen für uns nur ein Mindestmaß an Lösungen dar, um in dieser und anderen Krisen im Bildungsbereich besser aufgestellt zu sein. Es ist kein Geheimnis, dass Bildung vom sozialen Status der Familie abhängt. Gerade durch stigmatisierende Aktionen wie zuletzt die Hausbegehung in der Groner Landstraße 9, 9a-b mit Hundertschaften der Polizei wird eine autoritäre Klassenordnung erkämpft, die eine soziale Teilhabe und Integration der Bewohner*innen verhindert. Durch diese traumatisierenden Erfahrungen wird den Kindern beigebracht: ihr seid das Problem. Diese Ausgrenzungserfahrungen spiegeln sich im Sozialverhalten wieder und erschweren den Kindern unnötigerweise den Einstieg in die Schule. Anstatt öffentliche Gelder für traumatisierende Polizeiaufgebote zu verschwenden, müssen wir soziale Projekte mit Hinblick auf Inklusion solange fördern, bis allen Kindern die Chance auf eine faire Bildung ermöglicht ist.*

3. Welche von den Schulleitungen vorgeschlagenen Maßnahmen, erachten Sie für sinnvoll?

*Gerade die Förderung von Unterrichtsbegleitenden, Schulsozialarbeiter*innen und Sozialpädagog*innen ist für uns an allen Schulen notwendig, damit grundsätzliche Barrieren in der Bildung abgebaut werden können. Inklusion darf nicht von gesonderten Fördergeldern abhängen, sondern muss ein selbstverständlicher Bestandteil jeder Schule sein.*

Statement zum Radentscheid

Die Unterschriftensammlung der Gruppe GöttingenZero hat das starke Interesse vieler Göttinger*innen an einer verbesserten Radinfrastruktur deutlich gemacht. Das Fahrrad ist zweifellos ein wichtiges Element eines nachhaltigen Verkehrskonzepts und wir unterstützen mehrheitlich die Ziele des Radentscheids. Zusätzlich ist es jedoch entscheidend, den öffentlichen Nahverkehr (ÖPNV) zu stärken und auszubauen, um eine umfassende Verbesserung der Mobilität für alle zu erreichen.

Wir setzen uns für eine ganzheitliche Verkehrspolitik ein, die sowohl den Ausbau von Radwegen als auch die Stärkung des ÖPNV umfasst. Ein gut ausgebauter ÖPNV trägt nicht nur zur Reduzierung von CO2-Emissionen bei, sondern stellt auch sicher, dass Mobilität für alle bezahlbar und zugänglich ist.

Obwohl wir einzelne Punkte des Radentscheids kritisch betrachten, ist es unsere demokratische Pflicht, den Begehren der Bürger*innen nachzugehen.

1. Mai 2024 - Mehr Lohn, mehr Freizeit, mehr Sicherheit

Am 1.Mai haben wir, die Göttinger Linke Ratsfraktion, die Kundgebung des DGB am Albaniplatz in Göttingen besucht und uns gefreut, dass viele Menschen den Tag nutzten, um für eine Verbesserung in der Arbeitswelt einzustehen. Wir setzen uns für gerechte Löhne, gute Arbeitsbedingungen und soziale Gerechtigkeit ein und unterstützen die Forderungen der Gewerkschaften nach fairer Entlohnung und sicheren Arbeitsplätzen.

„Zusammen können wir eine Arbeitswelt gestalten, die die Rechte und Bedürfnisse der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer respektiert und in den Mittelpunkt stellt“, kommentiert die sozialpolitische Sprecherin Nornia Marcinkiewicz die 1.Mai-Kundgebung des DGBs.

„Gerade im Hinblick auf die Herausforderungen des menschengemachten Klimawandels ist es von entscheidender Bedeutung, sicherzustellen, dass der Übergang zu einer nachhaltigen Arbeitswelt sozialverträglich erfolgt. Niemand darf durch Klimapolitik benachteiligt oder beeinträchtigt werden und gleichzeitig sollten alle gleichermaßen von den Maßnahmen profitieren können“, fügt Nornia Marcinkiewicz hinzu.

Kontaktdaten

Fraktion Göttinger Linke im Rat der Stadt Göttingen

Neues Rathaus, Zi. 403 (4.Stock)
Hiroshimaplatz 1-4
37083 Göttingen
Telefon 0551 - 400 2347

goelinke-ratsfraktion@goettingen.de

Fraktionsmitarbeiter:

Oliver Preuß
Tim Schlaf

Öffnungszeiten des Büros:

Di: 10:00 - 12:00 Uhr
Mi: 13:00 - 16:30 Uhr
Do: 10:00 - 12:00 Uhr

Fraktionssitzung:

Mi: 17:00 - 18:00 Uhr öffentlich